

## Von der Westfront.

### Gefährliche Mentereien im französischen Heer.

Die Fälle der Menterei im französischen Heer mehren sich. So schreibt ein Mann vom Infanterie-Regiment 217, daß das Regiment, als es vor Ablauf der versprochenen Ruhe an die Front gehen sollte, in St. Renebault mentierte, wobei Gendarmen auf die Truppe schossen. Das Regiment wurde daraufhin zwangsweise verladen. Unterwegs schossen die Mentierer auf der Durchfahrt durch die Bahnhöfe mit Maschinengewehren aus den Wagen, wobei es Tote und Verwundete auch unter der Zivilbevölkerung gab. Auch auf freier Felde wurde auf Pferde, Kühe usw. geschossen. Daraufhin sollten 8 Mentierer erschossen, 15 zu lebenslänglichem Zuchthaus und 2 Hauptleute zu 10 Jahren Zwangsarbeit verurteilt worden sein. Auch Leute des Jäger-Bataillons 14, die in Fresnes in Ruhe lagen, steckten ein Proviantmagazin an und erschossen 3 Offiziere ihres Bataillons.

### Die portugiesischen Hilfstruppen.

Interessante Aufzeichnungen fanden sich in den Briefen gefangener Portugiesen vom Infanterie-Regiment 7, die am 3. Juli bei Neuve Chapelle in deutsche Hände fielen. In den Gräben herrscht Unordnung, da die Kompagnieführer nur selten dorthin kommen. Zu allen wichtigen Patrouillen werden nicht Portugiesen, sondern Engländer benutzt, die vor dem Unternehmen Alkohol in großen Mengen zu sich nehmen. Auf ihren Präsidenten Alfonso Costa sind die Portugiesen schlecht zu sprechen, da ihm die Schuld an der Verwicklung des Landes in den Krieg beigemessen wird. Man ist der Überzeugung, daß dieser Krieg nur im Interesse eines Volkes, das sie ausfange und nicht achte, geführt werde. Die Mannschaften drücken sich vom Dienst, wo es nur irgend geht. Krankmeldungen sind an der Tagesordnung.

### Englische Festsetzung an der französischen Westküste.

Das Stockholmer Blatt „Allshanda“ bringt unter der Überschrift „England gedenkt den Krieg noch Jahre zu führen“ folgende Mitteilung aus Rotterdam: Aus sicherer Quelle erfährt ich, daß die Engländer sich kürzlich durch Vertrag das Verfügungsrecht über die Schiffswerften in den französischen Städten an der Westküste für drei weitere Jahre gesichert haben sollen. Die französische Bevölkerung, die diese Tatsache als Beweis dafür ansieht, daß die Engländer den Krieg noch jahrelang hinausziehen wünschen, hat die Nachricht mit großer Verstimmung aufgenommen.

### Kleine Kriegspost.

Zürich, 18. Juli. Die Kämpfe der Monate Mai und Juni haben der englischen Armee nach den veröffentlichten amtlichen Verlustlisten über 200 000 Mann gekostet. Die Opfer der französischen Armee während dieser Zeit sind nicht festzustellen, aber sie wurden in der Kammer als schwer bezehnet und waren die Ursache zur Kritik der letzten Zeit.

Washington, 18. Juli. Der Militärausschuß des Senats beschloß nach dreiviertelstündiger Sitzung einen zustimmenden Bericht über die Regierungserkläre, die 640 Millionen Dollars zum Bau von Flugzeugen verlangt.

Amsterdam, 19. Juli. „Allgemein Handelsblatt“ erfährt, daß die englische Regierung Zugeständnisse gemacht hat, durch die die freie Fabrikation durch die Nordsee erhalten bleibt. Die Verhandlungen über die endgültige Regelung sind im Gange.

Sonn, 19. Juli. Das Korrespondenzbüro erfährt, daß die britische Regierung ihre Verantwortung für das Abwerfen von Bomben auf Berlin für die Nacht vom 29. auf den 30. zugegeben hat.

Kopenhagen, 19. Juli. Die Vereinigten Staaten verlangen die Einstellung der Ausfuhr folgender Lebensmittel aus Holland und Skandinavien nach Deutschland: Butter, Eier, Käse, Fleisch, Fleischwaren, fische, vollkonzentrierte Milch, Gemüße, Früchte, Kartoffeln, Weizen, Jucker, Kaffee.

## Politische Rundschau.

### Deutsches Reich.

Die Abordnung des Bundesrats an den früheren Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg wurde geführt von hiesigen Gefandten Grafen v. Lerchenfeld-Roefering. Dieser gedachte in einer Ansprache der Größe der Verdienste, die sich der scheidende Reichskanzler um das Reich erworben habe und brachte den Dank des Bundesrats in warmen Worten zum Ausdruck. Herr v. Bethmann-Hollweg dankte in einer herzlichen Erwiderung für das ihm von dem Bundesrat geschenkte Vertrauen.

Nach Mitteilung des Reichschatzmeisters haben nach einem Bundesratsbeschlusse die zuständigen Oberbehörden die Ermächtigung erhalten, auf Antrag eine weitere Steuerverordnung der 1. und 2. Rate des Wehrbeitrags bis längstens zum 15. Februar 1919 zu bewilligen, soweit wegen der durch den Krieg herbeigeführten besonderen wirtschaftlichen Verhältnisse die frühere Einschätzung mit erheblichen Härten für den Beitragspflichtigen verbunden sein würde.

### Rußland.

Zum zweiten Male in den vier Monaten seines Bestehens ist ein Wechsel im russischen Ministerium erfolgt. Der Finanzminister Schingareff, der Unterrichtsminister Mannilow und der Minister für öffentliche Unternehmungen Fürst Schachowskoy sind zurückgetreten. Prokopowitsch wurde zum Minister für Handel und Industrie, und Schachowskoy zum Unterrichtsminister ernannt. Mit Schingareff und Schachowskoy sind zwei weitere Vertreter des bürgerlichen Elements aus der Regierung ausgeschieden. Ob damit eine Verstärkung der sozialistisch-revolutionären Kräfte im Kabinett verbunden ist, wird man abwarten müssen. Nach einer Neutermeldung hängt der Rücktritt der Minister mit dem ukrainischen Problem zusammen. Die abtretenden Minister weigerten sich, sich mit den Beschlüssen über die Ukraine einverstanden zu erklären, da nach ihrer Meinung nur die konstituierende Nationalversammlung über die Beziehungen der Ukraine zu dem übrigen Rußland entscheiden könne. Die Regierung beschloß ein besonderes Generalsekretariat als höchste Instanz der Zentralverwaltung der Ukraine zu schaffen.

Über die Abneigung der russischen Sozialisten gegen England macht der Petersburger Sonderberichterstatter der „Daily Mail“ eingehende Mitteilungen. Die Sozialisten sehen danach England als zierliche Spinne an, welche die in seinem weitgespannten Netz gefangenen hilflosen kleinen Nationalitäten auffrischt. Der Moskauer Sozialdemokrat erklärt: Grauen erfüllt die Herzen derer, die an die Front gehen; sie wissen, daß sie an Englands König und an die französischen Kapitalisten verkauft sind. Die falschen sozialistischen Minister haben den Bestand verloren. Die „Petersburger Arbeiterzeitung“ schreibt: Falls der Krieg einen entscheidenden Sieg über Deutschland bringt, werden wir verzweifelte Anstrengungen machen, die englischen Kapitalisten an der Vernichtung Deutschlands zu verhindern.

Die kritische Lage in Petersburg dauert an. Die bewaffneten Demonstrationen erfüllen nach wie vor die Straßen mit Unruhe, trotz des Bemühens der Regierung, sie zu unterdrücken. Auch der sozialistische Justizminister Berewerlew ist zurückgetreten. — Bei dem Bahnhof Bjarka in Anstand wurde die Eisenbahnbrücke in die Luft gesprengt. Infolgedessen hatte der Sonderzug des amerikanischen Gefandten, der sich auf der Heimreise befand, 31 Stunden Verspätung. — Der Stockholmer Berichtserstatler des „Allgemein Handelsblatt“ erfährt von russischer Seite, die großen Eisenbahnlinien seien so abgemagt, daß man auf den kleineren Linien den Betrieb eingestellt habe, um die Eisenbahnmaschinen zur Reparatur der Hauptlinien zu benutzen.

### Großbritannien.

Wichtige Veränderungen sind im englischen Kabinett vorgegangen. In erster Reihe steht der Rücktritt Carsons von der Admiralität. Auch seine brutale Energie hat im Kampf gegen das U-Boot gerade so verlagert, wie die Banderpolitik Balfours. Carson verabschiedet im Kabinettsrat als Minister ohne Portefeuille. Sein Schicksal teilt der bisherige Munitionsmminister Addison, der ohne Portefeuille mit dem wirtschaftlichen Wiederanbau betraut wurde. An ihre Stelle treten als Erster Lord der Admiralität Sir Eric Geddes und als Munitionsmminister Churchill, der erst kürzlich als Luftminister in die Regierung zurückgekehrt war. Außerdem wurde noch Lord Montagu zum Staatssekretär für Indien ernannt.

In der angekündigten Sitzung des Geheimen Kabinetts ist für das englische Königshaus der Name „Haus Windsor“ angenommen worden. In Windsor baute Wilhelm der Eroberer im 11. Jahrhundert eine Burg, und um diese Burg entstand später die Stadt an der Elbe mit dem gleichen Namen mit dem Schloß des Königs. Bisher führte das englische Königshaus bekanntlich den Familiennamen Sachsen-Coburg-Gotha. Der Großvater des jetzigen Königs von Vatersseite war als Prinzgemahl der Königin Viktoria Prinz Albert von Sachsen-Coburg und Gotha. Die Königin Viktoria war die Tochter einer Prinzessin von Sachsen-Coburg.

### Griechenland.

Die griechische Kolonie in Berlin erhebt energischen Protest gegen den Abbruch der Beziehungen Griechenlands zu Deutschland. In dem Protest heißt es: Wir klagen Benützung vor Gott und aller Welt an, schuld an neuem Blutergießen zu sein, und bebauern tief, daß unser armes Vaterland von den Schülern der Freiheit der kleinen Völker geknebelt, gezwungen wird, in den Kampf für eine ungerechte Sache einzutreten. — Zu gleicher Zeit wenden sich die Hellenische Union in der Schweiz und zahlreiche dort lebende Königstreue Griechen an die russische Regierung und den Arbeiter- und Soldatenrat in Petersburg mit mehreren Schriftstücken, in denen sie ihrer Entrüstung über die Vergewaltigung Griechenlands Ausdruck geben und zugleich der russischen Regierung danken, daß sie sich nicht an den Gewalttaten beteiligte, vielmehr Widerspruch dagegen erhob.

### Türkei.

„Türkschuman-i-Halkat“ veröffentlicht einen aus verlässlicher Quelle stammenden Bericht über die unmenschliche Behandlung, die seit Februar 1915 den in England befindlichen Türken zuteil wird. Der Bericht beschreibt die Leiden und Entbehrungen der in Zivilgefangenenlagern untergebrachten Türken. Ihr gesundheitlicher und moralischer Zustand sei heute so fäglich, daß sie nicht mehr lange werden standhalten können. Das Blatt bemerkt, daß die in der Türkei ansässigen Engländer seit Beginn des Krieges sich des vollkommenen Wohlstandes erfreuen, während England, das vorgibt, den Krieg für die Kultur und die Rechte der Völker zu führen, osmanischen Bürgern eine so tyrannische Behandlung angedeihen läßt.

## Ludendorff über den U-Boot-Krieg.

### Zuversicht auf Niederrückung Englands.

Wie aus Berlin gemeldet wird, hat bei den Besprechungen über die militärische Lage, die in Berlin zwischen Oberster Heeresleitung und Militärgliedern des Reichstags stattfanden, General Ludendorff über den U-Boot-Krieg u. a. folgendes geäußert: Bei der Obersten Heeresleitung war für die Führung des U-Boot-Krieges zunächst der Wunsch bestimmend, die feindliche Kriegswirtschaft und namentlich die Munitionserzeugung zu treffen. Die Besatzungen haben durch die U-Boote eine wesentliche Entlastung erfahren. Die feindliche Munitionserzeugung ist gemindert, die U-Boote haben diese Aufgabe erfüllt. Das Zusammenwirken der Marine mit der Armee stellt sich somit als äußerst günstig dar, entsprechend den ungeheuren Verhältnissen des Weltkrieges, in dem wir noch mit beiden Fäßen stehen.

Die Oberste Heeresleitung erwarte von dem U-Boot-Krieg fernher, daß er die Kriegsfähigkeit Englands durch Verminderung des Frachtraumes auf dem Weltmeer und durch die sich daraus ergebenden Fragen bricht. Die Erfüllung auch dieses zweiten Wunsches werde kommen und damit — trotz Amerika — die Beendigung des Weltkrieges und der auch von der Obersten Heeresleitung gewünschte Friede.

## Berlin—Wien.

Reichskanzler Dr. Michaelis an den Grafen Czernin, Der deutsche Reichskanzler Dr. Michaelis hat an den österreichisch-ungarischen Minister des Außeren Grafen Czernin nachstehende Begrüßungsdepesche gerichtet:

„In dem Augenblick, in dem mich Eurer Majestät des Kaisers und Königs Vertrauen auf den Posten des Reichskanzlers berufen hat, ist es mir ein tiefgefühltes Bedürfnis, in Eurer Exzellenz den Vertreter der auswärtigen Angelegenheiten des Reiches zu begrüßen, mit dem in engster und treuester Bündnisgemeinschaft zusammenzuhalten seit nunmehr fast vier Jahrzehnten der leitende Grundschlag jedes deutschen Kanzlers gewesen ist. Dieses kostbare Erbe unverbrüchlich zu bewahren, betrachte ich als meine vornehmste Pflicht. Von ganz besonderen Werte würde es für mich bei diesem Bestreben sein, wenn Eurer Exzellenz auch mir die rückhaltlose Unterstützung bewahren wollten, die von Eurer Exzellenz meinem Herrcn Vorgänger in so reichem Maße zuteil geworden ist. Österreich-Ungarn und Deutschland werden, das ist mein festes Glauben, siegreich aus diesem schweren Kampfe hervorgehen und ihren heldenmütigen Völkern eine glückliche und schöne Zukunft sichern.“ Reichskanzler Michaelis.

Der österreichisch-ungarische Minister des Außeren Graf Czernin hat hierauf mit folgender Depesche geantwortet: „Für die warmen Worte, mit welchen Eurer Exzellenz mich gelegentlich Ihres Amtsantritts zu begrüßen die

Wörter hatten, bitte ich meinen tiefgefühlten Dank entgegenzunehmen. In der innigen, vertrauensvollen Zusammenarbeit mit den Leitern der deutschen Politik, in unüberbrücklichem Festhalten an dem altbewährten Bündnis erblicke ich die sicherste Gewähr für eine glückliche Zukunft unserer heldenmütigen Völker. Zur Sicherung unserer Existenz, zur Wahrung unserer heiligsten Güter stehen wir in dem gewaltigsten Kampfe aller Zeiten, und ich vertraue zu Gott, daß wir in treuem Ausharren das ersehnte Ziel erreichen werden. In einem ehrenvollen Frieden bereit, sonst aber zu dem Kampfe bis auf das Auserste entschlossen, werden sich Deutschland und Österreich-Ungarn gemeinsam die Bestimmungen für eine ungeführte, friedliche Zukunft erzwingen.“ Czernin.

Die „Neue Freie Presse“ ersieht aus diesem Telegrammwechsel, daß auch für den neuen Reichskanzler dieselben leitenden Gedanken maßgebend sind, wie für den früheren. Die erste öffentliche Kundgebung, das erste Programm des Reichskanzlers sei die Mitteilung über das Bündnis mit Österreich-Ungarn. Der neue Kanzler empfinde die ganze Bedeutung des Zusammenstehens mit dem Verbündeten der seit drei Jahren gewaltige Kriegslasten an der Seite des Deutschen Reiches trage.

## Nah und Fern.

Die Höchstpreise für Getreide der neuen Ernte sind vom Präsidenten des Kriegsernährungsamts festgesetzt worden. Sie betragen für die Tonne inländischen Roggens 265 Mark in Breslau, Bromberg, Danzig, Gleiwitz, Königsberg und Bosen, 270 Mark in Berlin, Dresden, Leipzig, Magdeburg, Plostd, Schwerin und Stettin, 275 Mark in Braunschweig, Bremen, Kassel, Emden, Erfurt, Hamburg, Hannover, Kiel und Wismar, 280 Mark in Aachen, Köln, Dortmund, Duisburg, Frankfurt a. M., Mannheim, München, Saarbrücken, Stralsburg und Stuttgart. Weizen kostet 20 Mark mehr, ebenso Speltz, sowie Emmer und Einkorn. Daser und Gerste kostet 270 Mark, ungeschälter Buchweizen 600, geschälter Buchweizen 800, ungeschälte Hirse 800, geschälte Hirse und Bruchhirse 970 Mark. Diese Höchstpreise gelten auch für Daser, Gerste, Buchweizen und Hirse früherer Ernten.

An das Zentralkomitee vom Roten Kreuz wird von Arbeitgeber häufig das Eruchen gerichtet, ihnen Kriegsschädigte als Angestellte, Arbeiter usw. nachzuweisen. Das Zentralkomitee unterhält keinen Arbeitsnachweis, so daß durch derartige Anfragen nur zwecklose Schriftwechsel entstehen. Es kann nur empfohlen werden, sich bei Bedarf an die bekannnten Arbeitsnachweise zu wenden.

Kampfanzeige. Im Anzeigenteil eines weimarischer Blattes veröffentlicht eine Ehefrau aus einem in der Nähe von Weimar gelegenen Dorfe folgende fürchterliche Drohung: „Achtung! Ich brauche nichts auf meines Mannes Namen zu borgen, da ich viel mehr befre als er. Ich habe durch Fleiß und Vermögen die Wirtschaft begründet. Ich habe ihn nicht böswillig verlassen, sondern weil er mich mißhandelte. Wenn er dies wieder tut, kriegt er nicht nur einen, sondern zwei Köpfe Schläppermilch an den Kopf gemopert!“ Und das in diesen Seiten der Mischknappheit!

## Letzte Meldungen.

### Neue U-Boots-Erfolge in der Biscaya und im Atlantischen Ozean: 21 000 Bruttoregister-Tonnen.

Berlin, 19. Juli. (tu. Amtlich.) Neue U-Boots-Erfolge in der Biscaya und im Atlantischen Ozean: 21 000 Bruttoregister-Tonnen. Unter den versenkten Schiffen befanden sich ein unbekannter bewaffneter, geladener Dampfer von mindestens 4500 Tonnen, von Fischdampfern gesichert, ein beladener Dampfer, der aus einem Geleitzug herausgeschossen wurde. Die Ladungen der übrigen versenkten Schiffe bestanden, soweit sie ermittelt werden konnten, aus Stückgütern, Kohlen und Tonerde.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

### Der Verständigungsfrieden.

Frankfurt, 20. Juli. (tu.) Ueber die gestrige Reichstagsitzung und die Rede des Reichskanzlers bemerkt die Frankfurter Zeitung: Mit dem Reichskanzler Dr. Michaelis wird unser Volk zweifellos einverstanden sein. Seine Rede, die gleichzeitig von Klugheit und Festigkeit zeugt, hat die Mehrheit des Reichstages offenbar befriedigt. Von dem Willen des Parlaments und des deutschen Volkes wird die Entwicklung unserer Verfassungszustände abhängen. Von dem Nachdruck, mit dem die jetzt vorhandene Mehrheit auf ihren Forderungen besteht, wird auch die Gestaltung unserer auswärtigen Politik und die Erreichung des Zieles abhängen, das der Reichstag mit seinen gestrigen Erklärungen verfolgt. Die ganze Welt wird erfahren, daß sich der deutsche Reichskanzler in ausdrücklicher hervorgehobener Uebereinstimmung mit den Heerführern zu einem Frieden der Verständigung, des Ausgleichs und der Versöhnung der Völker bekannte. Der deutsche Reichstag hat das lange versehnte Wort „Verständigungsfriede“ sich zu eigen gemacht. Die Regierung hat erklärt, daß sie ihre Politik fortan zu diesem Ziele hinlenken werde. Das also und nichts Anderes ist der Wille der Reichsleitung, des Parlaments und des deutschen Volkes.

### Schwere Explosion bei Thyssen in Mülheim.

Mülheim a. R., 19. Juli. (tu.) Vorgestern abend wurden auf der Füllstation der Thyssenschen Fabriken durch eine Explosion 17 Arbeiterinnen getötet und 25 verletzt.

### Verpfändung der „Lavinia“.

Amsterdam, 19. Juli. (tu.) Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet aus Ymuiden: Der Schleppdienst Ymuiden und die Schleppergesellschaft Holland, deren Fahrzeuge das deutsche Frachtschiff „Lavinia“, das von den Engländern beschossen worden war, in Ymuiden eingeschleppt haben, haben auf das Schiff mit einer Summe von 350 000 Gulden Beschlagnahme gelegt.